



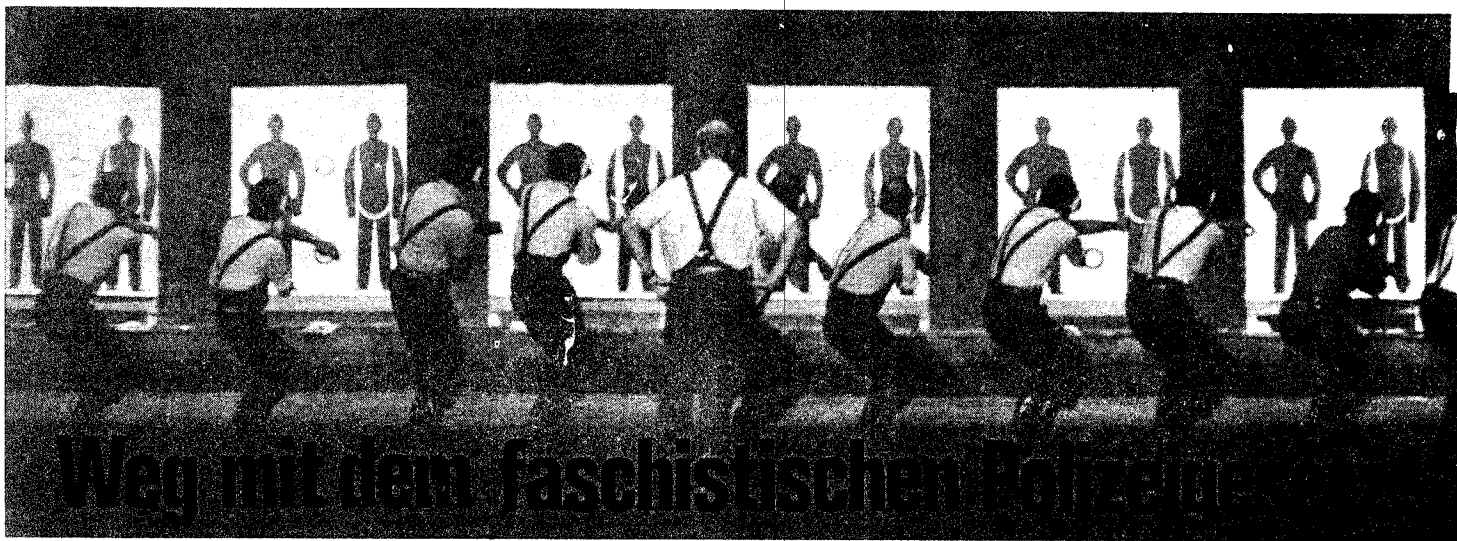
Solidarität hilft siegen!

ROTE HILFE

4.Jg.-Nr.10

15.10.76

50 Pfennig



MIT TODESSCHÜSSEN, MG UND HANDGRANATEN - DIE BRD AUF DEM WEG ZUM POLIZEISTAAT

Das faschistische Polizeigesetz, dessen Entwurf einstimmig von den Innenministern der Länder am 10./11.Juni verabschiedet wurde, soll jetzt von den Länderparlamenten verabschiedet werden. SPD, FDP, CDU und CSU sind sich einig, zur Unterdrückung jeden Widerstand muß das Volk einer lückenlosen Kontrolle, Bespitzelung und Überwachung unterzogen werden, die Polizei muß "bürgerlich" alle Lebensbereiche erfassen und für diesen Dienst mehr Rechte erhalten: mehr Schußwaffen, mehr Kampfmittel, mehr Befugnisse zu ihrem Einsatz. Der polizeiliche Todesschuß wird freigegeben.

DIE GRUNDRECHTE WERDEN EINGESCHRÄNKT -

DIE BEFUGNISSE DER POLIZEI ERWEITERT!

Mit einer Vielzahl von Gesetzesänderungen sind in den letzten Jahren die demokratischen Rechte des Volkes, besonders die der Meinungsfreiheit drastisch eingeschränkt worden. Das neue Polizeigesetz legalisiert die Willkür der staatlichen Gewalt gegen die Bevölkerung:

§ 7 Aufgrund dieses Gesetzes können die Grundrechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2, Abs. 2 GG), Freiheit der Person (Art. 2, Abs. 2, Satz 2 GG), Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG) eingeschränkt werden.

Unter dem Vorwand der "Terroristenbekämpfung" erhält die Polizei das "Recht": jederzeit und überall Straßensperren und Kontrollstellen zu errichten (§ 9.5), Öffentliche Einrichtungen abzuriegeln, wie z. B. öffentliche Verkehrsmittel und jeden Autofahrer, Fahrgast oder Passanten im Umkreis zu überprüfen (§ 9.4 und 4), belebte Orte und gefährdete Objekte zu durchsuchen (§ 18), Personen zur Wache zu schleppen und 48 Stunden festzuhalten (§ 9.2 und § 16), Personen in Vorbeugehaft zu nehmen (§ 13.2),

Heuchlerisch verurteilen Schmidt, Genscher, Strauß und Kohl die mörderischen Todesschüsse an der innerdeutschen Grenze, doch nur um die Empörung der Volksmassen über die sozialfaschistische Diktatur der DDR auszunützen, um gleichzeitig in der BRD selbst die demokratischen Rechte zu beseitigen, die BRD und Westberlin in einen Polizeistaat zu verwandeln. Das faschistische Polizeigesetz - Teil des Programms der "Inneren Sicherheit" der SPD/FDP-Regierung - zeigt mit aller Offenheit, gegen wen es gerichtet ist: gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen.

in Wohnungen und Geschäftsräume zu jeder Tages- und Nachtzeit und sie ohne Hausdurchsuchungsbefehl zu durchsuchen, auch wenn der Inhaber abwesend ist (§ 19 und § 20) und alle Sachen zu beschlagnahmen, deren mißbräuchliche Verwendung nicht auszuschließen ist (§ 21.2), dies alles ohne Angabe von Gründen (§ 20.3 und 5) und ohne das Recht, die nächsten Angehörigen zu verständigigen (§ 15.2).

DIE "HILFSMITTEL" DER POLIZEI: BÜRGERKRIEGSAUSRÜSTUNG

Um die Polizei gegen jeden Widerstand der Volksmassen zu rüsten, wird das neue

Polizeigesetz die bürgerkriegsmäßige Ausrüstung der Polizei perfektionieren: Ins Arsenal der "Hilfsmittel" sollen neben Wasserwerfern, Dienststunden und Pferden jetzt "Betäubungsmittel", d.h. chemische Kampfstoffe wie die berüchtigte, in Vietnam erprobte "chemical mase", die schwere Verätzungen hervorrufen kann, sowie Sprengmittel aufgenommen werden. Das Arsenal der Waffen soll mit MGs und Handgranaten, also ausgesprochenen Massenvernichtungswaffen "ergänzt" werden. War früher nur Tränengas zugelassen als "Hilfsmittel", während Betäubungsmittel als Waffen fungierten, gelten diese jetzt als normale "Hilfsmittel der körperlichen Gewalt".

FREIER SCHUSSWAFFENGEBRAUCH
Das Polizeigesetz gibt die Verwendung der Schusswaffe durch die Polizei gegen Massenwiderstandaktionen frei. Wirklichkeit soll werden, was schon 1973 der Bonnerorts. S.2

BRESCHNEW-BESUCH IN BONN

HEUTE MIT FRIEDENSMASKE - MORGEN MIT PANZERN

MAI 1973 - Zum ersten Besuch Breschnews in der BRD verwandelt die SPD/FDP-Regierung die Besuchsstätten in Polizeifeistungen, zieht am 19.Mai Bundesgrenzschutz und Polizeitruppen nach Dortmund zusammen, läßt 700 Menschen verhaften und für zwei Tage in einen Atombunker einsperren. Die Klassenjustiz leistet die Nacharbeit: Geld- und Gefängnisstrafen, über 100 Verurteilungen wegen "Teilnahme an der verbotenen Demonstration" gegen den Besuch Breschnews.

SEPTEMBER 1976 - Angesichts des bevorstehenden erneuten Besuch Breschnews hat die Schmidt/Genscher-Regierung noch unterwürfigere Zeichen zur Unterdrückung der Proteste gesetzt: mit der Begründung, daß gegen den § 185 StGB - "üble

Nachrede" -, Breschnew als den Hitler von heute zu bezeichnen, wurden Wahlsendungen der KPD im Fernsehen verboten! Das Stichwort für eine erneute Prozeßwelle ist gegeben: wer gegen die Vorherrschaftspläne des sowjetischen Sozialimperialismus auf ganz Deutschland und Europa, wer gegen den Hauptkriegsbrandstifter in der Welt auftritt, hat mit Verfolgung durch die westdeutsche Klassenjustiz zu rechnen! Die Zeichen für den Besuch Breschnews sind gesetzt, die Bundesregierung, erfahren im Empfang von Massenmördern und Faschisten wie Nixon, Thieu und Vorster, plant sämtliche demokratischen Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit außer Kraft zu setzen, damit sich Breschnew wie zu Hause fühlen kann.

Breschnew, der Boß der neuen Bourgeoisie hat das erste sozialistische Land, die Sowjetunion Lenins und Stalins in eine sozialfaschistische Diktatur umgewandelt. Sie ist noch barbarischer als die Hitler-Diktatur: nicht nur was die weit höhere Zahl von Gefängnissen, KZs und "Psychiatrischen Anstalten" betrifft, der Terror gegen das Volk reicht viel weiter. Durch die Umwandlung der ehemals proletarischen Machtorgane in Instrumente der Bespitzelung und Kontrolle reicht der Terror hinein in jede Betriebsabteilung, jeden Häuserblock, jede Familie - ein Militärzuchthaus, das wie der Hitlerfaschismus nichts anderem dient als der Kriegsvorbereitung.

Forts.S.3

INHALT

Quarier-Revolution	3
Wahlkampf Bürgerliche Diktatur	3
Sozialfaschistische Schlüßlerbanden	3
Südhilfse Afrika	4
Reisebericht aus Spanien	4
Interview mit HA Fritz Gledemeyer	5
Rechtsanwälte protestieren	6
Horst Mahler - 6 Jahre in Haft	7
Schandmal der Klassenjustiz	7
Alle Reaktionen sind Phrasentier	8

Der Polizeipräsident forderte, als Tausende Antimperialisten gegen den Besuch des Massenmörders Thieu protestierten und kurze Zeit das Bonner Rathaus besetzten: "Uns muß in Zukunft erlaubt sein, gegen diese Leute Schußwaffen einzusetzen. Mit Gummiknüppeln allein haben wir keine Chance mehr." Das Polizeigesetz erfüllt diese Forderung:

§ 41.1 Schußwaffen dürfen nur gebraucht werden, wenn andere Maßnahmen des unmittelbaren Zwangs erfolgreich angewendet sind oder offensichtlich keinen Erfolg versprechen.

§ 43.1 Der Schußwaffengebrauch gegen Personen in einer Menschenmenge ist unzulässig, wenn für den Polizeibeamten erkennbar mit hoher Wahrscheinlichkeit Unbeteiligte gefährdet werden.

§ 43.2 Unbeteiligte sind nicht Personen, in einer Menschenmenge, die Gewalttaten begeht oder durch Handlungen

erkennbar billigt oder unterstützt, wenn diese Personen sich aus der Menschenmenge trotz wiederholter Androhung nach § 39 Abs. 2 nicht entfernen.

DER TODESSCHUSS WIRD LEGALISIERT § 41.2 Ein Schuß, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tödlich wirken wird, ist nur zulässig, wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer Lebensgefahr oder der gegenwärtigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der körperlichen Unversehrtheit ist.

Diese "Begrenzung" des Schußwaffengebrauchs gegen Einzelne und auf "lebensberohende Situationen" ist eine bloße Bemäntelung angesichts des geplanten Einsatzes der Massenvernichtungsmittel, "wenn der vorherige Gebrauch anderer Schußwaffen erfolglos geblieben ist (§ 44.1). Selbst gegen Kinder (unter 14 Jahren) wird die Schusswaffe freigegeben (§ 41.3).



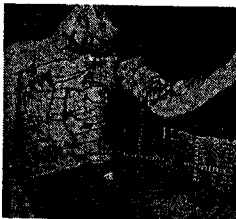
1. Benno Ohnesorg



Erich Dobhardt



Manfred Rohs



Hans Jürgen Remizsko



Vahit Önlcr



Günther Routhier



Opfer des Polizeiterrors

PLANVOLLES KONZEPT DER UNTERDRÜCKUNG

Das Polizeigesetz ist Teil des "Programms zur Inneren Sicherheit". Von der Brandt-Regierung 1972 formuliert, hat es zum Kern den Ausbau und die Zentralisierung des staatlichen Unterdrückungsapparates, die Durchsetzung der Arbeiterviertel mit Polizisten, Denunzianten und Verfassungsschützern.

Schon im Juli 1972 wurden vier Gesetze des Programms zur "Inneren Sicherheit" verabschiedet:

- das VORBEUGEHAFTEGESETZ, das die willkürliche Verhaftung ermöglicht
- das WAFFENGESETZ, das den Besitz von Waffen so weit einschränkt, daß nur noch Unterdrücker im Besitz von Waffen sein dürfen
- das VERFASSUNGSSCHUTZGESETZ, mit dem das Abhören von Telefonen, die Verletzung des Briefgeheimnisses, die Spitzeltätigkeit legalisiert wird
- das BUNDESGRENZSCHUTZGESETZ, das den Einsatz des BGS gegen den "inneren Feind", die Arbeiterklasse, bei Streiks und Demonstrationen festlegt.

Es folgten die Bildung der MOBILEN EINSATZ-KOMMANDOS, die Ausrüstung der Polizei mit Panzerfahrzeugen, Hubschraubern und Barrikadenräufern, der Einsatz von CN-Gas gegen Demonstrationen, die gewaltsame Niederknüpfung von Streiks durch die Polizeitruppen. Nicht hier und da eine Gesetzesmaßnahme, sondern ein planvolles Konzept, das ist die "sozial-liberale" Politik der Entrechtung, der Unterdrückung und des Terrors.

Schwerbewaffnete Polizisten an jeder Straßenecke, Einschüchterung, Bespitzelung und Kontrolle, das bringt das Polizeigesetz den Volksmassen. Der ehemalige NRW-Innenminister Weyer sagte bereits 1973: "Die Bürger müssen sich an Polizisten mit Maschinepistolen gewöhnen wie ans Steuerzahlen" - und heute spricht der Innenminister von Rheinland-Pfalz noch offener über die Ziele der Bourgeoisie: "Wenn Kontrollen durchgeführt werden, wird beispielsweise Mainz oder Koblenz zugemacht", und der Polizeieinsatz steht für ihn so aus: "Wenn sich die vorrevolu-

tionäre Situation in Hessen ergibt, dann wird wohl die Rheinlandpfälzische Polizei kommen und sie beenden müssen."

Alles, was angeblich zum Schutz der Bevölkerung vor der staatlichen Macht und Willkür ausgegeben wird - "Gewaltenteilung", Länderhoheit und Föderalismus bis zu den Grundrechten auf körperliche Unversehrtheit - wird mit dem einheitlichen Polizeigesetz beiseite geschoben. Jeder Paragraph des Gesetzes hebt in seinem zweiten Satz auf, was im ersten Satz vom "Schutz" der Bevölkerung gesagt wird.

Heißt es im Gesetzentwurf § 1.1 Die Polizei hat die Aufgabe, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren

§ 8.1 Die Polizei kann die Notwendigen Maßnahmen treffen, um eine im einzelnen Falle bestehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren

so zeigen die Praxis der Polizei in den letzten Jahren, besonders die Niederschlagung von Streiks, die Aufstufung der Polizei, die ständigen Hinweise auf Menschenmengen, die der Polizei gegenüberstehen, deutlich, was mit diesen unbestimmten Generalklauseln von "notwendigen Maßnahmen", "drohenden Gefahren" und "öffentlicher Sicherheit und Ordnung" gemeint ist. Nicht die Abwehr von "Terroristen", sondern die Angst vor den Volksmassen diktiert der Bourgeoisie die Gesetze, ihr Programm zur "inneren Sicherheit!"

BRD und DDR

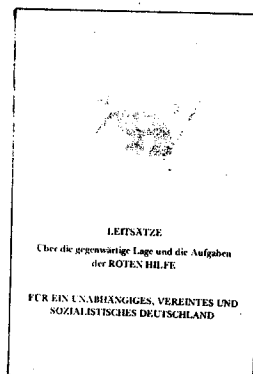
Todesschüsse für Entspannung und Freiheit

Seit der Errichtung der Mauer am 13. August 1961, jenem barbarischen Symbol der Spaltung Deutschlands und Berlins, sind 170 Menschen an der Grenze durch die "Nationale Volksarmee" und die "Volkspolizei" ermordet worden. Minenfelder, Sperrzonen, Selbstschußanlagen, Stacheldraht und Schießbefehl sollen verhindern, aus dem sozialfaschistischen Zuchthaus der DDR zu entinnen.

Die russischen Sozialimperialisten sind die Drahtzieher der Todesschüsse, sie geben sie als "offensive Verteidigung" der Grenze aus und erklären jeden Protest und die Abscheu gegen die Todesschüsse an der Grenze als "entspannungsfeindliche Handlung". Und die willfährige Honecker-Clique macht frech die "verhetzten westdeutschen Bürger" für ihre eigenen "ununterbrochenen Grenzprovokationen" verantwortlich und droht mit dem Bruch der Vertragsregelungen über die Transitwege.

Wortradikal gibt die Schmidt/Genscher-Regierung vor, gegen den Todesschuß an der innerdeutschen Grenze zu protestieren, gleichzeitig ermahnt sie zur Ruhe, um ihre "Entspannungspolitik" fortzusetzen. Dies entspricht völlig dem Willen des russischen Sozialimperialismus, dem gegenüber sich die westdeutsche Bourgeoisie stark glaubt, in Wirklichkeit dessen Vorherrschaftstreben auf ganz Deutschland und Europa nichts entgegenzusetzen hat. Die Schmidt/Genscher-Regierung nützt

zugleich das faschistische Grenzunternehmen der Honecker-Clique, um die Volksmassen vor dem "Sozialismus" abzuschrecken, sie verkaufen die eigene Unterdrückerpolitik, ihre eigenen faschistischen Maßnahmen als "J" it" gegenüber der sozialfaschistischen Diktatur der DDR. Der legale Todesschuß, der jetzt von den Länderparlamenten verabschiedet werden soll, richtet sich ebenso wie der Todesschuß an der innerdeutschen Grenze gegen die Arbeiterklasse und das Volk, die in einem freien, unabhängigen, vereinten und sozialistischen Deutschland leben wollen.



LEITSÄTZE der ROTEN HILFE als Broschüre erschienen. Preis: -. 50



FASCHISTISCHER GRENZWALL MITTEN DURCH DEUTSCHLAND

Weg mit dem KPD-Verbot!

ÖLLERER - REVISION

Erstmals seit der Kommunistenverfolgung unter dem Adenauer-Regime in den 50er Jahren wird am 10. November das höchste Gericht der BRD, der Bundesgerichtshof in Karlsruhe, darüber entscheiden, ob Funktionäre, Mitglieder und Anhänger der KPD das "Parteienprivileg" genießen, d.h. daß sie solange nicht verfolgt werden dürfen wie die KPD nicht vom Bundesverfassungsgericht verboten ist.

Am 10. November will der BGH auf Antrag des Staatsanwaltes über die "Rechtmäßigkeit" des Freispruches von Klaus Öllerer entscheiden, der Anfang des Jahres vom Lüneburger Landgericht von der Anklage wegen "Wehrkraftversetzung" mit der Begründung freigesprochen wurde, er habe die Ziele der KPD propagiert, für die das Parteienprivileg gelte.

Obwohl die KPD "alle Merkmale einer Partei hat", wie der Bundesgerichtshof 1973 feststellte, wird die Propaganda der KPD strafrechtlich verfolgt, werden Mitglieder und Anhänger der KPD aus den Gewerkschaften ausgeschlossen, aus den Betrieben aus politischen Gründen entlassen und mit Berufsverbot belegt. Während der letzten Bundestagswahlen wurden fast alle Wahlspots der KPD im Fernsehen und Rundfunk wegen "Beleidigung" und "Verunglimpfung der BRD" verboten.

Wegen der einfachen Feststellung der Tatsachen, daß die BRD ein "Ausbeuterstaat", ein "Unterdrückerstaat", daß die BRD "imperialistisch" ist und "Polizeiterror" ausgeübt werde, hat die bürgerliche Klassenjustiz in den Jahren 1973 bis 1976 (1. Halbjahr) 103 Urteile mit 120 000 DM Geld- und 93 Monate-Haftstrafen gefällt - alles nach § 90a "Verunglimpfung der BRD".

In einem Urteil gegen den KPD-Funktionär Christian Heinrich heißt es:

"Die grundsätzlich garantierte Bewegungs-

freiheit der politischen Parteien beschränkt sich auf die Bereiche, in denen sich politische Parteien mit ihrem Anspruch auf Erklärung und Durchsetzung ihres politischen Programms üblicherweise bewegen. Ein von dem durch die Verfassung vorausgesetztes Bild einer politischen Parteiarbeit abweichendes und gegen allgemeine Strafgesetze... verstößendes Verhalten ist nicht durch das Parteienprivileg gedeckt."

Man fragt sich, weshalb dann eigentlich das Parteienprivileg im Grundgesetz aufgenommen worden ist. Die Antwort ist einfach, wenn man sich den Wortlaut ansieht:

Art. 21 GG 1. Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft ablegen.

Dieses scheinbar demokratische Recht wird in Abs. 2 wieder aufgehoben, das "Privileg" gilt nur für die bürgerlichen Parteien:

Art. 21 GG 2. Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.

Nicht Freiheit der Gründung einer Partei und Chancengleichheit sind im Grundgesetz festgelegt, sondern genau das Gegenteil, daß die Bourgeoisie die Kommunistische Partei jederzeit verbieten kann.

FORTS. von S.1

Breschnew-Hitler von heute

Der sowjetische Sozialimperialismus rüstet zum Weltkrieg, der Einmarsch in die CSSR, die offene Intervention mit Hilfe von Söldnertruppen in Angola, die Flottenmanöver auf allen Meeren der Welt, der Putsch-Versuch in Portugal - sie sind das Vorspiel, so wie Hitlers Einmarsch in Österreich, die Tschechoslowakei und schließlich Polen seinen Raubkrieg gegen die sozialistische Sowjetunion und ganz Europa vorbereitete. Wie Hitler sprach, so redet Breschnew: von Frieden, Entspannung, Sicherheit und Abrüstung, die Völker sollen ein "Gefühl der Sicherheit" haben, das ist der beste Boden für den Krieg, die die imperialistische Unterjochung.

Breschnew ist in die Fußstapfen Hitlers getreten, sein Besuch in der BRD dient weder dem Frieden noch der Entspannung, sondern ist Bestandteil der Vorherrschftspläne des sowjetischen Sozialimperialismus auf ganz Europa, auf dessen Herzstück, auf ganz Deutschland. Nicht nur, daß er einen Teil unseres Landes militärisch besetzt und mit Hilfe der Honecker-Clique eine sozialfaschistische Diktatur über einen Teil unseres Volkes errichtet hat, auch gegenüber der BRD spielt sich Breschnew als der Herr auf: ständige Provokationen, Drohungen und Schmeicheleien wie jüngst im Wahlkampf die Stellungnahme für die "Entspannungsfreunde" und gegen die "Entspannungsfeinde" sollen die BRD im Ringen mit der anderen Supermacht den USA-Imperialisten, neutralisieren, um so schließlich ganz Deutschland unter die Herrschaft zu bekommen. Die Politik der

HITLER 1939

Die wichtigste Voraussetzung aber für das wirkliche Aufblühen der europäischen und außereuropäischen Wirtschaft ist die Herstellung eines unbedingt garantierten Friedens und eines Gefühls der Sicherheit der einzelnen Völker. Diese Sicherheit wird nicht nur ermöglicht durch die endgültige Sanktionierung des europäischen status quo, sondern vor allem durch das Zurückführen der Rüstungen auf ein vernünftiges und wirtschaftliches Ausmaß."

Als sich in der letzten Wahlkampfwoche Schmidt/Genscher und Kohl/Strauß ihr "Fernsehduell" lieferten, wurden die beiden zusammengeschalteten Fernsehanstalten ARD und ZDF mit Anrufen bombardiert: "Warum fällt der Name Lockheed nicht?", wollten die wissen, die der CDU eine Niederlage wünschten. "Warum fällt der Name Guillaume nicht?" hätten die Fragen können, die der SPD eine Niederlage wünschten. Beide Namen stehen für die Korruptheit der großen bürgerlichen Parteien, beide haben ihre Agentenskandale und ihre Bestechungsskandale. Und weil beide einander in dieser Frage um nichts nachstehen, wurden diese Themen einfach getilgt, durch gegenseitige Absprache unterdrückt.

Die verbietenden, angeblich "unüberbrückbaren" Differenzen wurden in dieser Fernseh-Schmierenskomödie künstlich aufgebauscht, um den Bürgern das Gefühl der "freien Wahl" zu geben, wo es in Wirklichkeit keine Alternative gibt. Haben nicht alle bürgerlichen Parteien die Krise zur Ausplünderung der Arbeiter genutzt? Haben nicht alle die neuen "Anti-Terror-Gesetze" zu verantworten? Haben nicht alle die Ankündigung des Breschnew-Besuchs wärmstens begrüßt? Damit aber diese Täuschung der Öffentlichkeit gelingen sollte, wurde der Wahlkampf zu neuen, schärfsten Angriffen auf die Freiheit der kommunistischen Propaganda, die den Schwindel enthüllte, genutzt. Die bürgerlichen Parteien zwangen den Fernsehzuschauer durch die Zusammenschaltung der Fernsehprogramme ihr verlogenes "Duell" auf, gleichzeitig wurden der KPD die Sendezeiten für ihre Wahlreden verweigert. Zur Begründung erklärte frech das ZDF:

HINTER DER FASSADE DER "FREIEN WAHL"

Bürgerliche Diktatur

"Es kann nicht Aufgabe einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt sein, verfassungswidrige Bestrebungen durch Gewährung von Sendezeiten zu unterstützen."

Kein Senderecht, "wenn sich die Partei in einer herabwürdigenden Form ("verfallener bürgerlicher Parlamentarismus") über geltende Verfassungsorgane ausspricht", "Auch die Regierung wird herabwürdigend" (durch den Hinweis auf die "verbrecherische Geschichte des deutschen Imperialismus"). "Die Person Breschnew wird herabwürdigend" (durch die Behauptung "Breschnew - das ist der Hitler von heute"). Das Verwaltungsgericht Mainz gibt dem ZDF Recht und kommt zu dem Schluß, daß die Sendezeit "nur für eine Wahlwerbung beansprucht werden kann, die auf einen Wahlerfolg im Sinne des Grundgesetzes zielt. Damit ist also jede radikale Kritik an der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik verboten, das Wahlrecht für Kommunisten wird zu einer Farce. Nicht anders die bürgerlichen Zeitungen: Jede Wahlveranstaltung der bürgerlichen Parteien bis hinunter zum Wohnzimmerplausch wurde ausgiebig gewürdigt. Wenn aber die KPD auf dem Kölner Neumarkt eine Wahlversammlung mit 4000 Zuhörern organisiert, bringt es der "Kölner Stadtanzeiger" fertig, dieses Ereignis mit keinem Wort zu erwähnen! So wurden die öffentlichen Medien vollständig in den Dienst der Diktatur der Bourgeoisie genommen.

DKP-Wahlkampf Sozialfaschistische Banden

Essen, am Montag, 27. 9. 76. Vor dem Tor 3/10 der Zeche "Zollverein" überfällt eine ca. 12 Mitglieder starke Schlägertruppe der DKP drei Verkäufer der "Roten Fahne", Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands. Wie ehemals Hitlers SA-Banden zerreissen sie kommunistische Zeitungen und Flugblätter, schlagen auf die drei Verkäufer brutal ein und schleppen sie vom Tor weg, als gerade keine Arbeiter anwesend waren. Sie konzentrieren ihre Brutalität auf den Bundestagskandidaten der KPD für den Essener Norden, den kommunistischen Arzt und Betriebsrat Jürgen Vogt, der aus politischen Gründen aus einem Essener Krankenhaus entlassen und faktisch mit Berufsverbot belegt wurde. Während die DKP-Schläger den zweiten Zeitungsverkäufer mit einer Hundepolizei ins Gesicht schlagen und wiederholt den Kopf des dritten Verkäufers aufs Pflaster schlagen, trampeln sie auf den zu Boden geworfenen Jürgen Vogt herum.

Jürgen Vogt mußte ins Krankenhaus gebracht werden, festgestellt wurden Schädelprellung, Gehirnerschütterung, Brustkorbprellung, eine angebrochene Rippe sowie Bliswunden an der rechten Hand. Der faschistische Überfall ging von den Bundestagskandidaten der DKP Sokoloff und Walter Lill aus, die vor dem Zechentor einen Werbestand leiteten.

Essen, am Samstag, 25. 9. 76 auf dem "ÖTV-Rummel": Die Schlägerbande unter der Leitung von Walter Lill tritt als "ÖTV-Ordner" auf, wirft zweimal den dort aufgebauten Literaturstand der KPD um und zerstört die Werke Mao Tsetungs. Mehrmals prügelt Lill auf das 7-jährige Kind einer KPD-Genossin ein. Mitglieder der Schlägerbande äußern wörtlich: "Wenn Ihr wiederkommt, schneiden wir Euch die Geschlechtsteile ab, dann könnt Ihr erzählen, daß wir es hier genauso machen wie in der DDR und der Sowjetunion."

Neuerscheinung

IM NAMEN DES VOLKES!

Rote Hilfe gegen Polizeiterror und Klassenjustiz

- Arbeiterkorrespondenzen, Gefängnisbriefe, Gerichtsprotokolle, Kurzgeschichten, Gedichte, Zeichnungen, Fotos und Dokumente aus den Jahren 1919 bis 1933 - Erich Weinert, Paul Körner, Ernst Ottwalt, Kurt Tucholsky, Ernst Toller, Friedrich Wolf, Hedda Zinner, Max Holz u.a. sowie viele unbekannt geliebte Autoren greifen in ihren Texten die Klassenjustiz der Weimarer Republik an, die mit Ausnahmegesetzten, Gesinnungsurteilen, ungezügelm Polizeiterror und unmenschlichem Strafvollzug den Ruf des Volkes nach Brot und Arbeit, nach Befreiung vom kapitalistischen Joch zu unterdrücken suchte.

Die Texte gewinnen besondere Aktualität in einer Situation, in der in der Bundesrepublik und in Westberlin der Abbau der demokratischen Rechte des Volkes massiv voranschreitet. Die Notstandsgesetze von 1968, die Gesetze zur "Inneren Sicherheit" von 1972, Verteidigerausschlußgesetze, die Einführung der Paragraphen 88a und 130, die Pläne für ein neues Polizeigesetz und der gezielte Todesschuß - das sind die bisherigen Stationen der reaktionären Formierung in der Bundesrepublik und Westberlin, die immer deutlicher die Gefahr einer faschistischen Entwicklung in diesem Staat heraufbeschwört.

ISBN 3 87628 106 7 ca. 120 S., ca. DM 7.-

OBERBAUM-Verlag

Postfach 127 1 Berlin 21

REINE PROLETARISCH-REVOLUTIONÄRE ROMANE

IM NAMEN DES VOLKES!

Rote Hilfe gegen Polizeiterror und Klassenjustiz



OBERBAUM-Verlag - VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK

Der Volkskrieg bricht die rassistische Unterdrückung



Die schwarzen Bewohner der südafrikanischen Länder haben die letzte Seite des Buches über die koloniale Unterdrückung ihrer Heimat aufgeschlagen. Ihre bewaffneten Streitkräfte sind zu einer unzerstörbaren Kraft angewachsen und werden unterstützt von der heldenhaften Rebellion der schwarzen Millionenmassen. In dieser Lage können die rassistischen Kolonialregime von Vorster und Smith nicht anders, als durch schmutzige Tricks und bestialische Unterdrückung ihre Terrorherrschaft vor den Augen der ganzen Welt zu demonstrieren. Über 300 Mordtaten an Schwarzen muß das Vorster-Regime seit dem Aufstand von Soweto eingestehen!

Die schwarzen Bewohner Afrikas waren für die weißen Eindringlinge nie etwas anderes als Arbeitstiere. Sie dürfen in ihrem eigenen Land nicht einmal den Platz beanspruchen, um ihr Bett aufzustellen. In Azania (Südafrika) werden die Schwarzen seit Jahrzehnten aus ihren Stammländern verjagt und in sogenannte "Bantustans" verschleppt. Das sind armselige Wüstengebiete, wo kaum Ackerbau und sonstiger Lebenserwerb möglich ist. Hier vegetieren die "unproduktiven" Schwarzen, die Kranken, Greise, Frauen und Kinder. Die arbeitsfähigen Männer werden von dort in die Baracken vorstädte der Industrie- und Bergwerksgebiete geholt und sind für Monate von ihren Familien getrennt. Jeder ihrer Schritte wird polizeilich überwacht, was durch ein rigoroses "Paßgesetz" garantiert wird. Verlieren sie ihre Arbeit, verlieren sie auch das Wohnrecht im Ghetto und müssen ohne jeden Broterwerb in die Bantustans zurück.

Gegen den Widerstand der Schwarzen, der in immer stärker werdenden Wogen aufkam, haben die Rassisten ein barbarisches Unterdrückungssystem entwickelt. Seit 1967 gibt es das "Terrorismus-Gesetz", das jede geringste organisierte Tätigkeit gegen das System der Apartheid unterdrückt. Willkürlich werden "Bannverfügungen" gegen einzelne Personen erlassen. Solche "Gebaanten" dürfen von anderen Personen nicht mündlich oder schriftlich zitiert werden, sie dürfen nicht an Zusammenkünften mit mehr als 2 Personen teilnehmen, stehen unter strengem Hausarrest und müssen sich in regelmäßigen Abständen bei der Polizei melden. Mit dem "180-Tage-Gesetz" machen sich die Rassisten die Zeugen in Prozessen gegen politische Gegner der Apartheid gefügig. Aufgrund dieses Gesetzes kann ein Zeuge auf unbeschränkte Zeit der Polizei in Haft übergeben werden. Im Polizeigefängnis wird er in Einzelhaft gehalten und besonderen Verhören unterzogen. Die Verhöre sind immer mit der brutalsten Folter verbunden, um die gewünschten Aussagen zu erhalten. Erbarmungslos wird gegen die entschlossensten Kämpfer die Todesstrafe verhängt - 2 Schwarze werden im Durchschnitt in einer Woche hingerichtet.

Der Heldenmut der schwarzen Männer, Frauen und Kinder, die sich in den letzten Wochen in riesigen Demonstrationen den faschistischen weißen Killern entgegenstellten, wurde geboren im jahrzehntelangen Kampf gegen die unmenschliche rassistische Unterdrückung.

Die weißen Kolonialisten-Regime, die Anfang des Jahrhunderts mit blutigen Feldzügen gegen die Schwarzen ihre Macht begründeten, sind heute dieselben Blutsauger wie damals. Sie haben nur ein Ziel: die Naturreichtümer der Länder des südlichen Afrika und die Arbeitskraft seiner Bewohner auszuplündern. Daran lassen sie auch ihre Freunde teilhaben, allen voran die USA und die Bundesrepublik. Ein schwarzes Menschenleben gilt ihnen nur soviel, wie es ihnen Geld bringt. Da-

rum gehen sie mit so bestialischer Grausamkeit gegen die Rebellion der Schwarzen vor, denn ein Schwarzer, der vom Wert seiner Rasse und seines Volkes überzeugt ist, der vom Geist des Aufstands erfüllt ist, ist für die koloniale Ausbeutung verloren und von den Ausrottungsfeldzügen der rassistischen Polizei bedroht.

Es gibt keinen Zweifel mehr: Die Rassistensysteme im südlichen Afrika stehen dem Land und seinen schwarzen Bewohnern als Parasiten gegenüber. Sie haben sich keinerlei Recht auf das Land erworben. Seit Jahrzehnten praktizieren sie den bewaffneten Terror gegen die Schwarzen und können nur im kompromisslosen bewaffneten Volkskrieg gestürzt werden. Wenn sich die Völker Afrikas vom Kolonialismus befreit haben, nehmen sie das geraubte Land wieder in Besitz, verhindern den Raubbau und die Verschleuderung ihrer Naturreichtümer, verteidigen ihre Unabhängigkeit gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus. Zu diesem Zweck haben sich die afrikanischen Länder bereits in Organisationen wie der OAU (Organisation für afrikanische Einheit) zusammengeschlossen. Ihr Ziel ist ein unabhängiger, geeinter afrikanischer Kontinent.

GLÄNZENDE LAGE IN ZIMBABWE

In der Kette der von den weißen Rassistensystemen beherrschten Staaten Zimbabwe, Azania und Namibia ist Zimbabwe heute das schwächste Glied.

Zehn Jahre bewaffneten Befreiungskrieges in Zimbabwe haben heute den Sturz des Rassistensystems von Smith auf die Tagesordnung gesetzt. Grundlage für die großen Siege der letzten Zeit war das unbedingte Festhalten am bewaffneten Kampf (und die Zurückweisung der beschlerischen "Waffenstillstandsangebote" von Smith) und die Bemühungen um die Einheit der Befreiungsbewegungen. Am 7. Dezember 1974 war es in Lusaka zu einer Einheitsklärung der ZANU unter ihrem Präsidenten Sithole, der ZAPU unter Nkomo, der FROLIZI und des ANC unter Muzorewa gekommen +). Die vier Organisationen erklärten sich bereit, sich im ANC zusammenzuschließen.

Aber für Joshua Nkomo war die Zustimmung zum bewaffneten Kampf nur ein Lippenbekenntnis. Bald nahm er die schon früher verfolgte Politik der Verhandlungen mit Smith wieder auf, was ihm von diesem gelohnt wurde, er erhielt den unrühmlichen Titel eines "gemäßigten" afrikanischen Führers und alle Unterstützung zur legalen Entfaltung seiner Verräterpolitik und zur Spaltung des ANC. Diese Spaltungsmannöver wurden sofort in Moskau mit Interesse wahrgenommen. Wie aus Angola bekannt ist, verfolgt Breschnew seinen +)

ZANU (Zimbabwe-afrikanische Nationalunion)
ZAPU (Zimbabwe-afrikanische Volksunion)
FroLiZi (Befreiungsfront von Zimbabwe)
ANC (African National Congress)

Expansionskurs in Afrika in der Weise, daß er Teile der Befreiungsbewegungen durch Waffenlieferungen und diplomatische Aufwertung von sich abhängig macht und zum Kampf gegen die anderen Teile aufstachelt. So ist in den Stellungnahmen der

EIN GENOSSE DER ROTEN HILFE BERICHTET UNTER >HOCH FRANCO< WIRD DER FASCHISMUS

Der erste Jahrestag der Hinrichtung der fünf spanischen Revolutionäre am 27. 9. 1976 wurde von der spanischen Arbeiterklasse mit gewaltigen Kampfaktionen gegen die faschistische Diktatur begangen. Im Baskenland wurde der Generalstreik organisiert. Die Arbeiter der Fabriken und Werften von Bilbao hielten Protestversammlungen ab. In Madrid wurde der 21-jährige Student Carlos Gonzales bei einer Demonstration kaltblütig von Faschisten ermordet. Gegen dieses neuerliche Verbrechen wurde am 1. 10. ein Kampftag ausgerufen. Zehntausende von Arbeitern der Industriebetriebe von Madrid und die Fahrer der Verkehrsbetriebe traten in den Streik. Wir setzen hier den Reisebericht eines Roten Helfers fort, der in der RHZ Nr. 8/9 mit den Erlebnissen bei der Freilassung von 3 FRAP-Genossen begonnen wurde.

Madrid, 20. 7. 1976

Am 18. Juli 1936 putschten die reaktionären Truppen unter Führung der Generale gegen die rechtmäßige Republik. Aber in den meisten Städten erhoben sich die Massen, drangen in die Kasernen ein und schlugen die Meuterer nieder. So auch in Madrid. Die Massen stürmten am 20. 7. die Mantana-Kaserne, das Zentrum der reaktionären Erhebung.

In diesem Jahr, 40 Jahre danach, veranstaltete die faschistische Bewegung einen Gedenkgottesdienst und eine Kranzniederlegung zu Ehren der gefallenen Putschisten. Diese extrem reaktionären Kreise sind gegenwärtig unzufrieden mit der Politik der Suarez-Regierung, die sie für zu liberal halten. Mit ihrer Feier wollten sie zu verstehen geben: wir sind die Erben Francos. Wir stehen auch heute wieder Gewehr bei Fuß, um jedem "roten Spuk" ein Ende zu machen. In ihrem Blatt "Alcazar" drohten sie: "Was wäre, wenn Falangisten, Traditionalisten, alte Kämpfer, ... beschlössen würden, dem Chaos auf der Straße ein Ende zu setzen und sich den marxistischen Banden direkt entgegenstellen würden ... die Stunde der Wahrheit kommt."

Eine Viertelstunde vor Beginn der Messe bin ich am Ort und beobachte das Treiben. Der Weg dorthin ist "ausgeschildert" mit frisch gemalten Hakenkreuzen, den Symbolen des spanischen Faschismus: Joch und Pfeile; überall sind Parolen geschmiert wie "Unter Franco lebten wir besser", "Der 18. Juli gab uns Brot und Frieden", "Tod dem Kommunismus" u. a. Vor dem Kircheneingang drängten sich etwa 400 Faschisten, zum Teil in der blauen Uniform der Falange, mit rot-gelb-roten Armbanden, den Farben der Diktatur. Einer dieser Blauhemden bemalt gerade eine Anzeigentafel mit dickem Filzstift: "Es lebe Franco!" "Keine Amnestie!" "Freiheit für Rudolf Hess!". Großer Beifall für den Schmerzinken. Ein Polizist am Rande schaut unbeteiligt zu. (Vor einigen Tagen wurde ein 19jähriger Antifaschist von der Polizei beim Malen von Parolen erschossen!)

modernen Revisionisten die ZAPU identisch mit der Befreiungsbewegung Zimbabwe. Nkomo, von Smith als Verhandlungspartner auf dem Weg zu einer "politischen Lösung" geschätzt, ist zu einem Agenten der Supermacht UdSSR geworden.

Diese Entwicklung sehen die Regierungen der schwarzen Nachbarländer - Angola, Sambia, Tansania, Mocambique, Botswana - mit Sorge. Auf ihrer letzten Konferenz in Lusaka am 25. 9. 1976 haben sie den Befreiungsbewegungen von Zimbabwe vorgeschlagen:

1. ihre Einigungsbemühungen zu verstärken;
2. den Weg des bewaffneten Befreiungskampfes unbedingt weiterzugehen;
3. den Kissinger/Smith-Plan einer "Übergangsregierung" und einer in zwei Jahren folgenden Machtübernahme durch die schwarze Mehrheit insofern abzulehnen, als dieser Plan von der Legalität des Smith-Regimes ausgeht. Nach Ansicht der schwarzen Staatschefs wäre es die Aufgabe von Großbritannien als "legaler" Kolonialmacht, die Einrichtung einer Übergangsregierung durchzuführen.

Die schwarzen Staatschefs brachten insgesamt zum Ausdruck, daß sie für eine "politische Lösung" keinesfalls in dem Sinne sind, daß die Befreiungsbewegungen die Waffen aus den Händen legen und ein Teil von ihnen seine Machtstellung gegenüber



"Ihr, Faschisten, seid die Terroristen!"

Schwere Wagen fahren vor, aus denen spanische Bonzen aussteigen, stolz die faschistische Ehrennadel am Kragen. Die "alten Kämpfer", die Spanien mit eigenen Händen "vom Kommunismus befreien" halfen, jeder von ihnen ein Massenmörder. Die alten Kämpfer begrüßen sich stumm, umarmen sich, legen sich schwer die Hände auf die Schulter, als wollten sie sagen: "Kamerad, die Lage ist ernst. Ein neuer Kreuzzug steht bevor. Sei bereit!"

Am Kirchenportal steht ein ordensgeschmückter General und der Pfaffe, der die Messe lesen soll. Sie begrüßen jeden Eintretenden mit Handschlag. Ich verzichte darauf, die Messe anzuhören und gebe mich gleich auf den Hügel, auf dem früher die Montana-Kaserne stand. Am Aufgang zum Hügel haben die Faschisten das Denkmal errichtet: eine liegende, zerschossene Menschenfigur, die das "Martyrium der nationalen Bewegung" ausdrücken soll. Davor sind ganze Reihen von Kränzen aufgebaut von den verschiedenen faschistischen Organisationen und Bruderschaften. In der Mitte steht ein mannshoher

den anderen mit ausländischer Hilfe aus-
baut.

Die Absichten von Kissinger und Smith sind so alt und durchsichtig, daß sie nur bei Verrätern an der Sache der Schwarzen Beifall finden werden. Smith will Zeit gewinnen, um seine eigene militärische Verteidigungslinie auszurichten und will die Befreiungsbewegungen entzweifeln. Das zeigen die folgenden Sätze aus seiner Erklärung nach dem Kissinger-Besuch:

"Während der Amtsperiode der Übergangsregierung sollen die Minister für Verteidigung und für Recht und Ordnung Weiße sein... Mit der Bildung der Übergangsregierung werden die Sanktionen aufgehoben und alle Kriegshandlungen einschließlich des Guerillakrieges werden eingestellt."

Das Volk von Zimbabwe wird nicht die Waffen aus der Hand legen, bis der Sieg endgültig ist. Es wird sich weder einem weissen Polizeiminister noch den Erpressungsversuchen Breschnews beugen. Genosse Tekere, Mitglied des Zentralkomitees der ZANU, der im August in der BRD war, betonte:

"Wir stützen uns auf unsere grundlegende Politik: Wir sind unsere eigenen Befreier. Wir sind der Auffassung, daß auch die Völker von Namibia und Azania und die Befreiungsbewegungen in anderen Ländern, die für den Sturz des Unterdrückungssystems in ihren Ländern kämpfen, die

Pflicht haben, sich selbst zu befreien. Wir schließen uns mit ihnen zusammen und unterstützen sie soviel wie möglich darin, sich selbst zu befreien."

Afrika wird sich von Kolonialismus und Neokolonialismus vollständig befreien und besonders dem Expansionsstreben der beiden Supermächte einen Riegel vorschieben. Dieser Kampf wird von den Völkern der ganzen Welt mit großer Sympathie unterstützt.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland aber stellt für die Rassisten im südlichen Afrika eine der wichtigsten internationalen Stützen dar. Sie ist bei der Ausplünderung etwa von Azania neben den USA der wichtigste Komplize des Vorster-Regimes. Vier Milliarden betrug im Jahre 1975 die Direktinvestitionen westdeutscher Konzerne in Azania. Das Treffen von Kissinger und Vorster auf deutschem Boden war eine stauchstellung dieser internationalen Komplizenschaft gegen das Volk von Azania. Umso wirkungsvoller muß die Unterstützung aller fortschrittlichen Menschen für die Befreiung des südlichen Afrika organisiert werden!

+++

Spenden für den Befreiungskampf des südlichen Afrika nimmt das "Afrika-Komitee" mit der Kto-Nr 405 384-103 beim PöSchA Berlin West entgegen.

ohne Regung. Eine Bemerkung zu machen, ist gefährlich, denn die Stimmung der Faschisten ist explosiv. Während die Versammlung schon auseinanderläuft und die Staatskorrosion wieder vorfahren, kommt ein Sprechchor auf, der alle noch einmal zum Halten und Mitrufen bringt: "Keine Amnestie! Keine Gnade! Die Roten an die Wand!"

Madrid, 29. 7. 1976

Ein spanischer Genosse holt mich ab zu einer Demonstration in Villaverde, einem Arbeitervorort von Madrid. Ein Genosse soll mich begleiten und mir die Vorgänge erklären und aufpassen, daß mir, der ich mit den Bedingungen nicht so vertraut bin, nichts passiert.

Die Demonstration wurde von entlassenen Arbeitern von Fabriken um Villaverde organisiert. Ihr Ziel war, die Wiederentstellung zu erreichen. Obwohl sie nicht genehmigt war, sollte sie trotzdem stattfinden.

Wir kommen kurz nach 19 Uhr in Villaverde an. Sofort fällt die große Konzentration von bewaffneter Polizei und Guardia Civil auf. Sie haben praktisch das ganze Viertel besetzt und kontrollieren die Ausgänge. Die bewaffnete Polizei ist ausgerüstet wie bei uns: Helm, MP, Schlagstock. Die Guardia Civil mit ihren Dreispitzen trägt nur ein Gewehr. Sie benutzt es zum Schießen und zum Schlagen (umgedreht, mit dem Holzschäft). Wir laufen durch die Straßen. Man merkt, daß "etwas in der Luft" ist. Mehr Leute als sonst sind auf der Straße; viele stehen stumm und schauen. Mehrere Gruppen stehen zusammen, nicht eng nebeneinander, aber man sieht, daß sie zusammengehören. Die Guardias im Viertel stehen regungslos, die Hand am Gewehr, sie schauen starr auf die Menschen, die vorbeigehen. Am Ortsausgang befindet sich ein freier Platz, der von einer Verkehrsstraße durchbrochen wird. Auf der anderen Seite der Straße ein neuer Häuserblock, die Kolonie Oroquieta. Hier haben sich ca 1500 Menschen versammelt, umstellt von Polizei, aber noch in ziemlichem Abstand. Wir beobachten die Vorgänge von oben, ca 150 Meter weit weg. Aus der Menge ertönen Rufe, wie "Amnistia laboral! - Amnestie für alle gemäßigten Arbeiter!" "Ein vereintes Volk kann niemals besiegt werden", "Amnistia Libertad" usw. Und zu den Polizisten gewandt: "Ihr, Faschisten, seid die Terroristen!" und "Vitoria, Brüder, wir vergessen Euch nicht!" (In der baskischen Stadt Vitoria wurden am 1. März 6 Arbeiter von der Polizei erschossen). Die Polizisten beginnen sich vorwärtszubewegen auf die Menge zu. Über Lautsprecher ertönt die Aufforderung, sich aufzulösen. Die Menge beginnt zurückzuweichen, was

ZUCHTHAUSTERROR des VORSTER-REGIMES

Nach dreieinhalbjähriger Haft in südafrikanischen Gefängnissen gelang dem Engländer Brian Price die Flucht aus dem "Zonderwater"-Gefängnis bei Pretoria. Sein Bericht, aus dem wir kurze Auszüge bringen, erschien zuerst in der englischen Zeitung "Observer".



Kinder in einem südafrikanischen Kerker

Ein Freund von mir, ein Engländer, der zur Arbeit außerhalb des Gefängnisses eingesetzt war, rannte eines Tages plötzlich von seinem Trupp weg. Ein Wächter sah ihn und pfiff Alarm. Mein Freund war körperlich völlig untrainiert. Als ihm klar wurde, daß sie ihn kriegern würden, hielt er an, drehte sich um und ergab sich.

Zwei Wärter schnappten sich ihn. Ein dritter schlug ihn zusammen. Dann kamen noch zwei Wärter. Sie hatten Schäferhunde dabei. Sie hetzten Hunde auf den Gefangenen, der von zwei Beamten festgehalten wurde. Die Hunde verbißen sich in seine Beine. Sie rissen richtige Fleischfetzen aus ihm heraus. Er wurde in die Zelle zurückgeschleppt. Die Wunden begannen zu eitern. Trotzdem ließen sie keinen Doktor zu ihm. (...)

Dann gibt es da noch ein Ding, das nennen sie "Maria", einen Prügelbock aus Holz. Der Häftling wird mit gespreizten Armen und Beinen darauf festgebunden. Er ist nackt, wenn man einmal von dem dünnen Baumwollfetzen abstiebt, der seinen Hintern bedeckt. Ein kleines Kissen oberhalb des Steißbeines soll die Nieren schützen, falls der Rohrstock das Rückgrat trifft. Der Stock selbst ist biegsam und hat einen Durchmesser von etwa zweieinhalb Zentimeter. Der Wärter ergreift ihn mit beiden Händen. Er schlägt mit aller Kraft. (...)

Kinder kriegen das, was man "den leichten Rohrstock" nennt. Ich habe schwarze Kinder gesehen, die von einem Gerichtshof in Kapstadt zum "leichten Rohrstock" verdonnert waren, obwohl sie erst fünf Jahre alt waren. Sie hatten Milch gestohlen oder Lärm gemacht oder irgend etwas anderes Belangloses getan und waren deshalb über Nacht eingesperrt worden. (...)

Die Art und Weise, wie sie einen hängen, ist brutal. Wenn die Nackenwirbel nicht sofort beim Öffnen der Falltür brechen, dann ziehen sie die Verurteilten am Strick noch einmal hoch und lassen sie wieder runterfallen. Wärter haben mir erzählt, daß der Henker einen weißgestrichenen Bellgriff mit sich herumträgt. Damit schlägt er die Gehenkten auf die Hinterköpfe, bis sie ruhig sind.

-GESCHREI UNTERGEHEN

Gebinde, gestiftet von der "blauen Division", die an Hitlers Rußlandfeldzug teilgenommen und unzählige Verbrechen am russischen Volk verübt hatte.

Die Messe ist zu Ende, die Faschisten versammeln sich vor dem schwerbewachten, von der Polizei umstellten Denkmal. Ein Führer der Falangisten hält eine kurze Ansprache, die Meute schreit "Arriba España! - Hoch mit Spanien!" und reißt den Arm hoch zum faschistischen Gruß. Sprechchöre brechen auf, "Vita Franco-Franco lebt!". Zum Schluß wird mit ausgestreckter Hand die Faschistenhymne "cara el sol - das Gesicht zur Sonne" gesungen.

Dabei gibt es einen Zwischenfall. Irgend- ein Zeitungsreporter hat Aufnahmen gemacht, was von den Faschisten entdeckt wurde. Die Faschisten wollen verhindern, daß sie für den Fall einer späteren Abrechnung auf Bildern identifiziert werden können.

Mehrere Faschisten stürzen sich auf den Reporter, versuchen, ihm die Kamera zu entreißen und werfen ihn einen kleinen Hügel hinunter. Er rafft sich auf und flüchtet sich in den nahen Park. Eine ganze Meute von Blauhemden nimmt die Verfolgung auf, einer zieht im Laufen einen Totschläger aus der Jacke. Sogar ein alter Kämpfer in Falangistenuniform, schon weit über 70, mit ausgemergelter Figur und fast lahm, versucht sich an der Jagd zu beteiligen. Ein groteskes Bild, wie er den Verfolgern nachhumpelt. Aber er will bei einer Jagd auf "Rote" oder was man dafür hält, nicht fehlen, hat er doch sein ganzes Leben lang gegen sie gekämpft! Die Meute muß aber unverrichteter Dinge zurückkehren. Große Enttäuschung.

Die Guardia beobachtet das ganze Spiel amüsiert. Menschenjagd auf "Rote" ist in Spanien erwünscht.

Ein weiterer Zwischenfall ereignete sich, als junge Leute aus einem vorbeifahrenden Auto der Versammlung laut "Nieder!Nieder!" zurufen. Wieder gerät die noble Meute in Aufregung. Einige der Brillanten Damen geraten völlig aus der Fassung und kreischen immer wieder: "Steinigen!Steinigen!" Einige Faschistenhäuptlinge reden erregt auf die Polizeibeamten ein und fordern offensichtlich eine sofortige Verfolgung. Aber das Auto ist schon längst über alle Berge. Die Passanten auf der Straßenseite gegenüber beobachten das Treiben stumm und



Demonstration in Madrid am 19. 7. 1976

der Polizei aber nicht schnell genug geht. An einer Stelle fallen Schüsse. Für einige Augenblicke ist Totenstille, dann Schreie. Die Menge beginnt auseinanderzuströmen und ins Viertel hineinzuflüten. Empörte Rufe und Sprechchöre werden wieder laut. Einzelne Gruppen werden von der Polizei verfolgt. Die Guardias schlagen den Demonstranten die Gewehrschäfte auf den Kopf oder in den Rücken. Wir werden im Strom mitgerissen und biegen um die Ecke. Was hinter uns auf dem Platz noch passiert, können wir nicht mehr sehen. Wenige Minuten später erfahren wir, was passiert ist: ein Arbeiter wurde von den Schüssen in den Kopf getroffen. Er wurde schwer verletzt abtransportiert. Ein anderer wurde in den Arm geschossen. Nachher finden noch mehrere kurze Demonstrationen statt. Kleine Gruppen von 10 bis 12 Genossen treffen sich blitzschnell zu einem bestimmten Zeitpunkt, rennen 100 bis 200 Meter durch die Straße, rufen Parolen und verstreuen Flugblätter dabei, um sich dann sofort wieder aufzulösen.

So wurde die Nachricht von der faschistischen Bluttat schnell im ganzen Viertel be-

kant. Das Viertel befindet sich in heller Aufregung, es passiert aber an diesem Tag nichts mehr.

Ein Teil der Polizeikräfte bleibt die ganze Nacht im Viertel und patrouilliert. Am anderen Tag streiken alle größeren Betriebe um Villaverde gegen das neue Polizeiverbrechen an dem Arbeiter Alfonso Altafaj Martín. Auch andere Betriebe schließen sich an, insgesamt etwa dreihunderttausend Arbeiter. Bei Standard, wo der Schwerverletzte gearbeitet hatte, dauert der Streik den ganzen Tag. Ob der Genosse durchkommt, weiß man noch nicht. Wenn er durchkommt, wird er sein ganzes Leben lang gezeichnet sein. Die Patrouillen werden auch am folgenden Tag noch fortgesetzt. Ständig fahren 6 Einsatzwagen durch die Straßen, immer im gleichen Rhythmus. Die Guardia bewacht alle zentralen Punkte. Die Schüsse fielen einen Tag vor der Amnestie, die der König mit folgenden Worten ankündigte:

"Wir wollen dafür sorgen, daß die Gerechtigkeit regiert, wir bereiten und suchen den Frieden und die Versöhnung..."

RHZ:

Am 23. und 24. November findet vor der Anwaltskammer in München der "Ehrengerichtsprozeß" gegen Dich statt. Im Mai 1975 hatte die Staatsanwaltschaft München den Antrag gestellt, gegen Dich ein Berufsverbot als Rechtsanwalt zu verhängen. Was sind die Anschuldigungen, die gegen Dich erhoben werden?

F. Gildemeier:

In der Einleitung der 22-seitigen Anschuldigungsschrift faßt die Staatsanwaltschaft das Wesentliche Ihres Vorwurfs zusammen: Als Anhänger der KPD trete ich für den revolutionären Sturz der Diktatur der Monopolbourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats ein. Diese Anklage ist gewissermaßen untermauert durch die Aufzählung einer Reihe von politischen Aktivitäten, wie Flugblattverteilung gegen die US-Aggression in Indochina, "Störung" einer SPD-Wahlversammlung mit Helmut Schmidt, Proteste gegen Tarifierhöhungen bei der Straßenbahn ("Hausfriedensbruch"), Leserbrief gegen das Gesinnungsurteil gegen Horst Mahler in der Süddeutschen Zeitung usw.

RHZ:

Warum sollst Du deshalb, wo doch keine Anschuldigung Deine Anwaltstätigkeit betrifft, als Anwalt ausgeschlossen werden?

F. Gildemeier:

Obwohl ich natürlich keineswegs ein - im Sinne der Klassenjustiz - bequemer Anwalt bin, ist es kein Zufall, daß die Justiz meine Berufsausübung nicht zum entscheidenden Vorwand des Berufsverbotsverfahrens nutzt. Sie zielt auf den Kommunisten. Der Radikalerlaß soll auf den Bereich des nichtöffentlichen Dienstes ausgedehnt werden. Revolutionäre und Kommunisten sollen isoliert werden. Insoweit reiht sich das gegen mich geplante Berufs-

Die Veröffentlichung des Wortlauts der gegen ihn gerichteten Anschuldigungsschrift trug RA Gildemeier vor wenigen Wochen eine Geldstrafe ein. Der Richter berief sich auf einen Anfang 1975 neu in das Strafgesetzbuch eingeführten Paragraphen. Dem Hinweis der Verteidigung auf § 5 Grundgesetz begegnete der Richter mit der folgenden Interpretation der Meinungsfreiheit: sie gelte nur für die eigene Meinung, Öffentlichkeit einer anderen Meinung (nämlich der Anschuldigungsschrift) sei nicht erlaubt! Weiß dieser Richter überhaupt, was er da von sich gegeben hat? Öffentliche Kontroverse mit der Justiz, die ja das Zitieren des anderen Standpunkt voraussetzt, ist damit verboten, die freie Diskussion wird zu einem papageienhaften Wiederholen des eigenen Standpunkts herabgedrückt

verbot ein in die Praxis der politischen Entlassungen, Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse gegen Revolutionäre, Kommunisten und Klassenbewußte Arbeiter. Daß die Bourgeoisie - so nebenbei auch einen "unbequemen" Anwalt erwünscht, hat für sie natürlich auch Vorteile, stellt aber nicht die Hauptseite dar. Allerdings hat dieses Verfahren enorme Auswirkungen für jeden fortschrittlichen Anwalt gerade auch in der Ausübung seines Berufs. Das haben die fortschrittlichen Anwälte inzwischen auch erkannt und begonnen, den Widerstand gegen dieses Berufsverbotsverfahren zu organisieren. Die Veranstaltung in Stuttgart im September war der Anfang. Die bayerischen Anwälte planen für den 22. 11. eine größere Veranstaltung in München, auf der die Kollegen Hannover und Groenewold sprechen sollen. Mir wird ebenfalls Gelegenheit zu einem Beitrag gegeben werden.

RHZ:

Im Versuch, dich zu kriminalisieren, Dich als Rechtsanwalt auszuschalten, sind sich Staatsanwälte, bürgerliche Parteien und die bürgerliche Presse alle einig. Wie gehen die modernen Revisionisten der DKP gegen Dich vor, die sich doch immer als die Verteidiger der demokratischen Rechte und als Berufsverbotsgegner hinstellen?

F. Gildemeier:

Sie konzentrieren ihre Hetze auf mich, zu



oft wurden sie auch von mir als Antidemokraten und Agenten des sowjetischen Sozialimperialismus entlarvt. Sie hetzen, ich sei ein Agent des Verfassungsschutzes - eine "Theorie", die sie in Anbetracht der zahllosen politischen Prozesse und des Berufsverbotsverfahrens gegen mich nur bei völlig verlumpten Elementen an den Mann bringen können. Darüberhinaus verunglimpfen sie mich als "Neurotiker", in München hat ein Funktionär des MSB, der Studentenorganisation der DKP, angekündigt, daß man mich in eine Irrenanstalt stecken werde, wenn die Zeit reif sei. Sie träumen offensichtlich schon von Zuständen wie in der Sowjetunion. Ich denke, dahin wird es nicht kommen.

RHZ:

In Augsburg bist Du ein sehr bekannter Anwalt, bekannt als "linker" Rechtsanwalt und als Kommunist. Schrecken nicht Leute davor zurück, Dich als Anwalt zu nehmen, in der Hoffnung, dann eher "Recht" zu bekommen?

F. Gildemeier:

Meine Kanzlei ist nicht als ausgesprochen politische Kanzlei in dem Sinne bekannt, daß vorwiegend politische Strafverteidigungen geführt werden. Im Gegenteil: mindestens 90 % aller Fälle sind "normale" Strafverteidigungen oder Vertretungen in Arbeitsgerichtssachen. Die Schwäbische Neue Presse hat vor einigen Wochen berichtet. Ich hätte in "Justizkreisen den Ruf eines hochbegabten Strafverteidigers". Es ist klar daß ein solcher "Ruf" eine Menge Mandanten zur Folge hat. Es sind natürlich keine reichen Leute, die zu mir kommen, sondern gewöhnliche Kriminelle, die wissen, daß ich keine gemeinsame Sache mit der Justiz mache, sie - fachlich - gut verteidige und keine übermäßigen Honorare verlange. Mich mit einem Mandat zu beauftragen, setzt allerdings ein gewisses Maß von Klassenbewußtsein voraus: jemand, der glaubt, einen einflußreichen Fürsprecher bei der Klassenjustiz zu benötigen, wird mich nicht beauftragen. Die Diebe und Räuber aber wissen oft, daß sie vor den Schranken der Justiz kämpfen müssen, wenn sie etwas erreichen wollen. In der JVA Katsheim haben 60 und in der JVA Augsburg 30 Gefangene völlig selbständig eine Solidaritätsresolution verfaßt und mir bzw. dem Präsidenten der Anwaltskammer zugeleitet.

Allerdings gibt es auch Leute, die mir das Mandat entziehen, wenn ihnen klar wird, wen sie eigentlich beauftragt haben. Dies sind aber vor allem Angehörige des Kleinbürgertums. Insbesondere Dealer und Betrüger, die der Bourgeoisie ideologisch sehr nahe stehen. Sie wollen den "Staranwalt", den "Fürsprecher". Sie haben Angst, Nachteile dadurch zu erleiden, daß sie mich beauftragen. Dies ist jedoch eine verschwindende Minderheit.

Für die klassenbewußten Arbeiter, für die Revolutionäre und Kommunisten ist es eine Selbstverständlichkeit, sich von mir verteidigen zu lassen.

RHZ:

Im Sommer 1975 hat die ROTE HILFE in Bremen, Köln, Frankfurt, Stuttgart und Westberlin Solidaritätsveranstaltungen gegen Dein drohendes Berufsverbot durchgeführt. Du selbst hast auf diesen Veranstaltungen gesprochen, so in Westberlin vor fast 2000 Menschen. Welche Auswirkung hat diese Solidaritätsbewegung gehabt?

F. Gildemeier:

Eineinhalb Jahre nach der Erhebung der Anschuldigungsschrift übe ich noch immer meinen Beruf aus. Was könnte den Erfolg der von der Roten Hilfe organisierten Solidaritätsbewegung besser dokumentieren! Die proletarische Klassen-solidarität ist die Grundlage einer breiten Solidaritätsbewegung. Über 1000 Menschen in den Fabriken und proletarischen Stadtteilen haben die Solidaritätserklärung im Herbst 1975 unterschrieben. Etwa 2500 Broschüren wurden verkauft, davon allein in Augsburg ca. 600. Die Forderung "Kein Berufsverbot für RA Gildemeier!" prangt jetzt noch an zahlreichen Fabrikwänden und Unterführungen in Augsburg.

RHZ:

Wie stehen Deine Kollegen zu dem Angriff auf Dich?

F. Gildemeier:

Wie ich schon sagte, beginnt sich der Widerstand gegen die Maßnahme auch unter den Kollegen zu formieren. Allerdings

Rechtsanwälte-Aktion Gegen Abbau demokratischer Rechte

Während sich Rechtsgelehrte, Staatsanwälte, Richter, Rechtsanwälte und andere Juristen während des "Deutschen Juristentages" in Stuttgart darüber einigten, daß auch in Zukunft die unzähligen Warenhausdiebe im aller Strengste des Gesetzes bestraf werden müssen, trafen sich zugleich über 300 Juristen zu einer Protestveranstaltung gegen die Einschränkung der Verteidigerrechte und der Meinungs- und Organisationsfreiheit.

Diese Veranstaltung am 16. 9. in Stuttgart, zu der fast 60 fortschrittliche Rechtsanwälte aus der BRD und Westberlin aufgerufen hatten, zeigte drastisch das Ausmaß der politischen Verfolgung durch die westdeutsche Klassenjustiz auf, wie durch die verschiedenen neuen Gesetze selbst die Regeln der bürgerlichen Demokratie außer Kraft gesetzt werden.

Angesichts der Verabschiedung der "Antiterror-Gesetze" durch SPD/FDP wie CDU/CSU, die eine einschneidende Verschärfung der Berufsverbote gegen fortschrittliche Rechtsanwälte bringen, war die Veranstaltung mit einer so großen Anzahl von Juristen, besonders Strafverteidigern ein wichtiger Schritt des Kampfes demokratischer Kräfte, ein Zeichen dafür, daß trotz massiver Einschüchterungsversuche und Verfolgungsmaßnahmen viele Rechtsanwälte Widerstand leisten. Auch Versuche von Mitgliedern des "Deutschen Juristentags" diese gemeinsame Aktion fortschrittlicher Juristen zu spalten waren erfolglos. Professor Sonnen aus Westberlin, der aufgefordert wurde, seine Teilnahme an der Veranstaltung abzusagen und die Themen der Veranstaltung doch für den Juristentag 1978 vorzuschlagen, protestierte hiergegen und betonte, daß es notwendig sei, sich hier und heute mit der Einschränkung der Verteidigerrechte

Seit 20. 9. "Antiterrorgesetz" in Kraft: Darnach können fortschrittliche Rechtsanwälte beliebig Berufsverbot "auf Zeit" und für bestimmte Bereiche (z. B. Strafverteidigung) erhalten.

Seit 29. 9. in Westberlin: Prozeß gegen RA Schily wegen Beleidigung von Gefängnisärzten, gegen die er im Januar 1974 eine Strafanzeige "wegen unterlassener Hilfeleistung" und "versuchter Tötung mit bedingtem Vorsatz" an Katharina Hammer-Schmidt, die inzwischen an dem im Gefängnis nicht untersuchten und behandelten Kehlkopfkrebs gestorben ist.

23. /24. 11. 76 in München: "Ehrengerichtsprozeß" gegen RA Gildemeier aus Augsburg. Er soll Berufsverbot erhalten, weil er Kommunist ist.

Diese Angriffe auf die demokratischen Rechte des Volkes, die Versuche, fortschrittliche Verteidiger mundtot zu machen, beweisen erneut, daß das Gerede der SPD/FDP-Regierung, die BRD sei ein Land des Friedens, der Freiheit und der Demokratie ein einziges Gespinnst von Lügen ist.

zeigt sich, daß diejenigen, die revisionistisch beeinflusst sind, diesen Widerstand hemmen. Aber eine Anzahl von Kollegen, die man eher als konservativ ansehen kann, hat sich eindeutig und ohne wenn und aber gegen das Berufsverbot ausgesprochen. In Augsburg sind es fünf dieser Kollegen. Dabei muß allerdings der Terror des Vorsitzenden des Augsburger Anwaltsvereins, Herzog, berücksichtigt werden, der sich nicht scheut, auf Kollegen persönlich Druck auszuüben, wenn sie sich für mich aussprechen. Insgesamt haben sich ca. 100 Anwälte in der BRD und Westberlin gegen das Berufsverbot ausgesprochen. Hier sind unsere Möglichkeiten jedoch noch nicht erschöpft. Darüberhinaus haben sich weit über 100 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gegen das Berufsverbot gewandt, unter ihnen Prof. Walter Abendroth.

auseinanderzusetzen. Neben ihm sprachen auf der Veranstaltung die Rechtsanwälte Groenewold (Hamburg), Wächter (München), Dethloff und Ehrig aus Westberlin sowie RA Crummenerl aus Köln.

Erik Göde, ein schwedischer Jurist, drückte in einer Solidaritätserklärung die wachsende Beunruhigung in Schweden über die politische Unterdrückung in der BRD und der DDR aus. Er berichtete, wie sich in Schweden viele Juristen unterschiedlicher politischer Meinungen in einer Juristenvereinigung zusammengeschlossen haben mit dem Ziel der "Verteidigung der Meinungs- und Pressefreiheit", der "juristischen Hilfe - für die Rechte des Volkes" und des Antimperialismus. Er machte damit deutlich, die demokratischen Rechte müssen verteidigt werden gegen die Reaktion im eigenen Land wie gegen die Bedrohung durch die imperialistischen Mächte.



8.10.76: Horst Mahler 6 Jahre widerrechtlich im Gefängnis !

Sie wollte ihre Stärke beweisen und zeigen, wer Herr in unserem Land ist und ewig bleiben wird. Sie stempelte ihn als Terroristen ab, verhaftete und isolierte ihn jahrelang in einer Gefängniszelle. Mit einem Richterspruch von 14 Jahre Gefängnis wollte sie ihn brechen und die Erinnerung an ihn auslöschen. Sie dachte, am Ende würde er still aus dem Gefängnis davorschleichen. Nichts von alledem hat die Bourgeoisie erreicht: das Lügengespinnst vom Terroristen liegt zerfetzt am Boden, keine Haftschikane mehr, die nicht nach außen dringt und aufgehoben werden muß, ein Richterspruch, über den kein Grashalm wachsen will, gegen den aus dem In- und Ausland, aus allen Schichten des Volkes der Protest nur noch lauter wird.

Die Solidarität ist stärker als alle Unterdrücker. Am 5. Jahrestag seiner Inhaftierung konnte Horst Mahler die größte Solidaritätsdemonstration in der Geschichte der BRD und Westberlins mit einem politischen Gefangenen von seinem Zellenfenster aus begrüßen - heute stehen über 6000 Unterschriften von Arbeitern, Werk tätigen und Studenten, von Demokraten und Kommunisten für die Forderung, den Prozeß gegen Horst Mahler wiederaufzunehmen.

Die ROTE HILFE hat der herrschenden Klasse einen Strich durch die Rechnung gemacht, die von ihr und dem Komitee "Freiheit für Horst Mahler" hervorgerufene Solidaritätsbewegung hat die Fassade der Stärke der Bourgeoisie abbröckeln lassen.

Das 7. Jahr der widerrechtlichen Haft Horst Mahlers stellt die Bourgeoisie vor Entscheidungen, durch die sie, verfault und reaktionär wie sie ist, ihre Stärke nicht wiedergewinnen wird, wie die Entscheidungen auch ausfallen: Bestrafung des Kronzeugen Ruhlmanns, Wiederaufnahme des Prozesses, Haftausgang für Horst Mahler. Die Solidaritätsbewegung wird durch keine reaktionäre Entscheidung und durch kein "Zugeständnis" aufzuhalten und vom Kampf um die endgültige Freiheit für Horst Mahler abzubringen sein.

Horst Mahler
Erklärungen, Beiträge und Stellungnahmen
aus dem Gefängnis
herausgegeben zum
6. Jahrestag
der widerrechtlichen Inhaftierung

Zentralvorstand der Roten Hilfe
Köln 1976

Broschüre der ROTEN HILFE
erscheint Ende Oktober, Preis ca. 5,- DM

DIE SCHANDTAFEL DER KLASSENJUSTIZ

Die folgenden Gerichtsurteile gegen den revolutionären Klassenkampf sind der ROTEN HILFE in den letzten Wochen (Zeitraum 2.9.76 bis 6.10.76) bekannt geworden:

- Urteil gegen Klaus Landeck und Gloria Burkert wegen § 90a und Beleidigung durch die Fernsehübertragung der KPD zu den Landtagswahlen in Bayern. LG München bestätigt Urteil in erster Instanz: Geldstrafe 2700,- DM und 800,- DM
- Urteil gegen zwei Genossen wegen Kleber zu § 218. AG München - Geldstrafen 2 mal 150,- DM
- Urteil gegen Aust und Schubert (KPD-ML) wegen Artikel im "Roten Morgen" zur Steineraffäre u.a. "Bonner Parlamentarier sind korrupt bis auf die Knochen". LG Hamburg - Geldstrafen 2000,- DM und 1500,- DM
- Urteil gegen Hanfried Brenner wegen "Beleidigung" und "Verunglimpfung" wegen seiner Rede vor dem Arbeitsgerichtsprozeß gegen seine Entlassung bei Manesmann, außerdem wegen "Widerstand" und "Körperverletzung" im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz im Gericht, in dessen Folgen Günter Routhier gestorben ist. LG Duisburg, Berufungsurteil, statt 12000,- jetzt Geldstrafe von 9000,-
- Urteil gegen Ruth Haase (KJVD) wegen § 90a. Anlaß verschiedene KJ-Artikel und Flugblätter zum Prozeß gegen Klaus Öllerer gegen Bundeswehr und NATO. AG Dortmund, Antrag des StA: 6 Monate ohne Bewährung - Geldstrafe 900,- DM
- Urteil gegen Siebenkäs und zwei weitere Genossen wegen "Hausfriedensbruch", weil sie bei einer Gewerkschaftsfete Agitation betrieben. AG Dortmund - 100,- DM Geldstrafe gegen Siebenkäs, Rest eingestellt.

Damit wurden in dem genannten Zeitraum Geldstrafen von mehr als 18 375,- DM verhängt.

SPENDEN FÜR DEN RECHTSHILFEFONDS

(Spenden September 76)

RH Aachen 155,72 DM, RH Dortmund 191,12 DM, Einzelspende aus Dortmund 30,- DM, P.W./Köln 25,- DM, RH Frankfurt 46,46 DM, Albanien-Reisegruppe 130,- DM, Dohardt-Veranstaltung Dortmund 26,- DM, D.H./Köln 20,-, H.K./Burbach 20,- DM, RH Köln-Büchertisch am 4.9. 28,- DM, P.W./Köln 25 DM, A.R./Coburg 100,- DM. ZUSAMMEN: 797,30 DM

ROTE HILFE-Rechtshilfe
Kto.13 2072 63 00 BfG Köln

ai: 1977-Jahr des politischen Gefangenen

Ende September tagte in Straßburg der Internationale Rat von Amnesty International. Die Versammlung mit 220 Delegierten widerspiegelte die weltweiten Bemühungen dieser Organisation um die Freilassung politischer Gefangener. Aus den verabschiedeten Dringlichkeitsresolutionen und den vorgelegten Dokumentationen ging hervor, daß die grausamste politische Unterdrückung im Einflußbereich der beiden Supermächte USA und UdSSR

ausgeübt wird. Besonders scharf verurteilt wurden die von den USA ausgehaltenen Militärregimes in Südamerika und die politische Unterdrückung durch die

Breschnew-Clique. Das Jahr 1977 wurde zum "Jahr des politischen Gefangenen" erklärt.

Einige Genossen der ROTEN HILFE besuchten die Versammlung und legten Schriften über die politische Unterdrückung in beiden deutschen Staaten aus. Viele Delegierte aus europäischen Nachbarländern suchten darüber die Diskussion mit unseren Genossen und kauften unsere Veröffentlichungen. Der Name Horst Mahler war den meisten bereits ein Begriff für den reaktionären Kurs in der BRD und ernsthafte Debatten gab es über die Möglichkeiten, sich für die 6000 politischen Gefangenen Honeckers einzusetzen.

Bild: Vor dem Europa-Rats-Gebäude in Straßburg diskutierten Genossen der ROTEN HILFE und der CISNU mit den Delegierten des amnesty-International-Kongresses über die politische Unterdrückung in Deutschland und in Persien.



CDU-Albrecht für Folter

Der niedersächsische CDU-Politiker Ernst Albrecht hat die staatliche Anwendung der Folter im Kampf gegen revolutionäre Bewegungen propagiert. In seinem Buch "Der Staat - Idee und Wirklichkeit - Grundzüge einer Staatsphilosophie" (See-wald-Verlag, Stuttgart) hält er es für "stittlich geboten", zur Verhinderung eines Verbrechens "Informationen von einem Mitglied des betreffenden Personenkreises auch durch Folter zu erzwingen".

In einem Fernsehgespräch mit dem NDR bekräftigte er seine Terrorhetze: Das Motto "Ich mache mir die Hände nicht schmutzig" sei für staatliche Organe "in Grenzsituationen" nicht zulässig. Je nachdem, was auf dem Spiel steht, müsse vielmehr der Einzelne seine Entscheidung "vor Gott und seinem Gewissen selbst verantworten". Das ist die Albrechtsche "Staatsphilosophie": Wenn die Herrschaft der Kapitalistenklasse "auf dem Spiel steht", fliegt das im Grundgesetz ausgesprochene Verbot der Folter beiseite und jede Bestialität gegen die Volksmassen ist erlaubt.

Bestellschein

Ich bestelle ab die
ROTE HILFE - Zeitung zum Abonnementspreis von

halbjährlich DM 4.80
jährlich DM 9.60
Förderabonnement (Jährl.) DM 20.00

Das Geld habe ich im Voraus auf das Vertriebskonto der ROTEN HILFE
PSCha Köln Nr. 59811-504 überwiesen.

Name
Adresse
Beruf

Unterschrift

(Einsenden an: ROTE HILFE, 5 Köln 30
Rothehausstr. 1)

Beitrittsklärung

Ich möchte Mitglied der ROTEN HILFE werden.

Ich verpflichte mich, monatlichDM Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

Name
Wohnort
Straße
Beruf
Alter

Unterschrift

(Einsenden an ein ROTE HILFE-Büro)

Herausgeber:
ZENTRALVORSTAND DER ROTEN HILFE
V. I. S. d. P.: Hartmut Schmidt 5 Köln 30

SCHAFFT ROTE HILFE SCHAFFT ROTE HILFE

Wendet Euch an die **ROTE HILFE**

Zentrale: 5 Köln 30, Rothehausstr. 1 (0221/523290) tägl. 18-19 Uhr
Landesvorstand NRW: 46 Dortmund, Burgholzstr. 13 (0231/813763) Fr. 18-19 Uhr

Ortsgruppe Dortmund: Burgholzstr. 13, Mi. ab 19 Uhr
OG Köln: "Drügge Pitter", Venloer/Lessingstr. Mo. ab 19.30 Uhr

Hessen:
OG Frankfurt: Schleiermacherstr. 40 (0611/495738) Mi. ab 17 Uhr
Landesvorstand Bayern: 8 München 80, Milchstr. 21 (089/483597)
OG München: Milchstr. 21, Mi. 17-19 Uhr
OG Augsburg: A-Oberhausen, Eichlerstr. 1, Fr. 20-22 Uhr
OG Nürnberg: 85 Nürnberg, Sperberstr. 21, Do. 19.30 Uhr
Landesvorstand Nord: 2 Hamburg 50, Bahnenfelder Str. 52

OG Hamburg: "Im Bierhaus", Schulterblatt 3, Di. 19 Uhr
OG Bremen: Bremen-Walle, Gustavstr. 24, Mi. 17.30-19 Uhr
Komitee Hannover: Göttinger Str. 58 (KJVD) Mi. 17.30-19 Uhr
Landesvorstand Westberlin: 1 Berlin 65, Badstr. 38 (030/4935012)
OB Moabit: Oldenburger Str. 22 (Laden), Mi. 20-22 Uhr
OG Wedding: Soldiner Str. 68 (Laden), Mi. 19 Uhr
OG Kreuzberg: Leuschner Damm/Waldenstr. Mi. 19 Uhr
OG Neukölln:

Ortsgruppe Stuttgart: Cannstadt, "Neckarte", Wilhelmstr., Fr. 20 Uhr

SCHAFFT ROTE HILFE SCHAFFT ROTE HILFE

ALLE REAKTIONÄRE SIND PAPIERTIGER

(Mao Tsetung)

Im Jahre 1946, als der deutsche, italienische und japanische Faschismus zerschlagen waren, waren die USA zum Hauptfeind der Völker aufgestiegen. Sie nahmen gegenüber den Völkern der Welt eine bedrohliche Haltung ein und versuchten alles, was sie konnten, unter ihren Einfluß zu zwingen. So bereiteten sie einen Krieg gegen die Sowjetunion vor. Sie verfügten auch seit kurzem über die Atombombe, was ihre kriegerische Arroganz noch mehr steigerte.

In China unterstützten sie mit enormen Mitteln die reaktionäre Kuomintang-Armee, die im Lande einen umfassenden Bürgerkrieg entfesselt hatte. Ihr Ziel war die Ausrottung der Roten Armee, die Zurückeroberung der befreiten Gebiete und die Erhaltung der Herrschaft des Feudalismus und des bürokratischen Kapitalismus. In dieser Lage des schwierigen Kampfes gegen die innere und äußere Reaktion stellte Genosse Mao Tsetung fest:

Alle Reaktionäre sind Papiertiger. Dem Aussehen nach sind sie furchterregend, aber in Wirklichkeit sind sie gar nicht so mächtig. Auf lange Sicht haben nicht die Reaktionäre, sondern hat das Volk eine wirklich große Macht.

(Gespräch mit Anna Louise Strong)

Diese optimistische Haltung bezogen auf den Sieg über den USA-Imperialismus und seine Verbündeten war im damaligen China nicht selbstverständlich. Einige begannen angesichts der bedrohlichen Haltung der Reaktionäre am Sieg zu zweifeln. Aber das chinesische Volk hat die Siegeszuversicht des Genossen Mao Tsetung geteilt, es hat den Bürgerkrieg zur Vernichtung der Kuomintang-Truppen kühn aufgenommen und binnen drei Jahren das Land befreit. Im Jahre 1958 führte Genosse Mao Tsetung zur Erläuterung des angeführten Zitates folgendes aus:

Das chinesische Volk brauchte, um die Herrschaft des Imperialismus, des Feudalismus und des bürokratischen Kapitalismus in China zu liquidieren, mehr als hundert Jahre, und Dutzende Millionen Menschen mußten ihr Leben lassen, ehe im Jahre 1949 der Sieg errungen war. Seht, waren das nicht alles einmal lebendige Tiger, eisenharte Tiger, echte Tiger? Letzten Endes aber haben sie sich in Papiertiger, in tote Tiger, in butterweiche Tiger verwandelt. Das sind historische Tatsachen. Hat man denn das alles nicht gesehen und gehört? Wahrlich tausendmal und aber Tausende Male! In Tausenden und Zehntausenden von Fällen! Somit muß man von ihrem Wesen her, aus einer langen Perspektive, in strategischer Hinsicht den Imperialismus und alle Reaktionäre als das betrachten, was sie in Wirklichkeit sind - als Papiertiger. Darauf müssen wir unser strategisches Denken gründen. Andererseits sind sie aber wiederum lebendige, eisenharte, wirkliche Tiger, die Menschen fressen können. Darauf müssen wir unser taktisches Denken gründen. (Gespräch mit Anna Louise Strong)

Die Imperialisten haben einen doppelten Charakter: sie sind mörderisch, aber sie sind auch "butterweich". Dem ersten muß dadurch Rechnung getragen werden, daß die Volksmassen sich vereinigen und den Imperialismus so weit das möglich ist, isolieren. Dem zweiten muß dadurch Rechnung getragen werden, daß man auf die eigenen Kräfte vertraut und niemals die Zuversicht in den Sieg des Sozialismus verliert. Aus dieser Analyse des Imperialismus entwickelte Mao Tsetung glänzende Weisungen für die Strategie und Taktik des revolutionären Volkskrieges, die sich die um ihre Freiheit ringenden Völker auf allen Kontinenten zu eigen gemacht haben.

Die russische Oktoberrevolution war jahrzehntelang der Leitstern für die revolutionären Bewegungen in der Welt. Der Leninismus wurde zur Grundlage der internationalen kommunistischen Bewegung. Unter Stalins Führung wurde die sozialistische Sowjetunion aufgebaut und die Sowjetmacht gefestigt. Die Sowjetunion war die Hauptkraft der internationalen Einheitsfront gegen den deutschen, den italienischen und den japanischen Faschismus, die hunderte Millionen Menschen aus der faschistischen Unterjochung befreite. Aber nach dem Tode Stalins ergriff eine neue Bourgeoisie in der Sowjetunion die Macht. Das internationale Proletariat wäre führerlos geworden, wenn nicht die Revolution in China zu einem neuen Leitstern für die Weltrevolution geworden wäre. Besonders die schwierige Situation nach der sozialimperialistischen Entartung der Sowjetunion, ihre Entwicklung zu einer Supermacht, die heute die Völker der ganzen Welt bedroht, erforderte eine neue Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung. Ihn verdanken wir vor allem der Kommunistischen Partei Chinas mit dem Genossen Mao Tsetung an der Spitze.

Unsere Strategie ist: "Einer gegen Zehn", unsere Taktik: "Zehn gegen Einen"; das ist eine unserer Grundregeln, dank denen wir den Feind bestegen können. (Strategische Probleme des revolutionären Krieges)

Wenn der Feind auch noch so bedrohlich auftritt: die Völker haben seine innere Verfaultheit kennengelernt und nehmen auch mit schwachen Kräften den Kampf auf. Aber im Kampf sind sie umsichtig, untersuchen genau das gegebene Kräfteverhältnis und konzentrieren ihre Kräfte, um dem Feind Niederlagen zuzufügen.

Die Geschichte der Weltherrschaft des USA-Imperialismus, die zu einer Geschichte der Niederlagen unter den Schlägen der Völker geworden ist, hat die Worte Mao Tsetungs vollständig bestätigt. Aber durch den Sieg des modernen Revisionismus ist den Völkern ein neuer Feind entstanden, der sowjetische Sozialimperialismus. Er ist hinterhältiger als der berich-

Die Sowjetunion von heute steht unter der Diktatur der Bourgeoisie, einer Diktatur der Großbourgeoisie, einer Diktatur von der Art des deutschen Faschismus, einer Diktatur von der Art Hitlers.

Zu einer Zeit, als noch der USA-Imperialismus der Hauptfeind der Völker war, warnte diese Analyse die Völker vor der betrügerischen Politik des Sozialimperialismus und forderte sie auf, diese Entwicklung aufmerksam zu verfolgen.

Die USA sind ein Papiertiger. Schenken sie ihm keinen Glauben. Man kann ihn beim ersten Stich durchbohren. Auch die revisionistische Sowjetunion ist ein Papiertiger.

Mit diesen Worten rief Genosse Mao Tsetung die Völker auf, die große Entmutigung zu überwinden, die durch die Niederlage der proletarischen Revolution in der Sowjetunion erzeugt worden war. Der

Weg gehen, der allen reaktionären Mächten vorgezeichnet ist - er wird unter den Schlägen der Völker zerbrechen.

Das Neue löst das Alte ab. Das ist ein allgemeines und ewig unumstößliches Gesetz des Weltalls.

(Über den Widerspruch)

Diese Grundaussage des wissenschaftlichen Sozialismus begründet seine Siegeszuversicht. "Das Alte" ist in der Epoche des Imperialismus die Ausbeutung und Unterdrückung der Volksmassen durch eine kleine Zahl von Monopolkapitalisten und die Unterdrückung ganzer Nationen durch das imperialistische Monopolkapital, ist der imperialistische Krieg. "Das Neue" ist der Kampf der Volksmassen gegen Ausbeutung und Erniedrigung, der nationale Befreiungskrieg gegen den Imperialismus, der Aufbau des Sozialismus. "Das Neue löst das Alte ab", diese Lehre der Bourgeoisie ist ein Grauel. Ihre Weltanschauung lautet: "So wie es ist, wird es ewig bleiben!". Sie kann auch nicht anders, als an der Unterdrückung der Massen festzuhalten, kann nicht anders, als die Völker mit Krieg zu überziehen. Das ist das Naturgesetz des Imperialismus.

Heute ist der sowjetische Sozialimperialismus zur aggressivsten der imperialistischen Mächte geworden. Er kann sich nicht mit der Ausbeutung der Völker der Sowjetunion zufriedener geben, er muß expandieren, er strebt nach der Weltherrschaft. Er trifft auf den USA-Imperialismus, der sich an die Einflussszonen klammert, die ihm nach seiner Niederlage in Indochina geblieben sind. Auf allen Kontinenten stoßen die beiden Supermächte aufeinander, ihre Rivalität nimmt immer mehr zu und wird eines Tages zum Krieg führen.

Beide Supermächte treffen Vorbereitungen auf einen Krieg. Besonders der sowjetische Sozialimperialismus rüstet wie wahnstänig auf. Noch steht er es als günstiger an, mit einer scheinbar friedfertigen Ideologie, der Ideologie von "Abrüstung" und "Entspannung" aufzutreten. Aber seine Taten sprechen bereits eine andere Sprache. An diesen Taten wird er von den Völkern der Welt gemessen. Der Dritten Welt drängt er sich als militärische "Schutzmacht" auf und als wirtschaftlicher "Partner". Aber die Völker und Staaten der Dritten Welt, die ihre Unabhängigkeit gegen Imperialismus und Kolonialismus gerade erkämpft haben, weisen imperialistische Einflüchtung zurück, gleich in welchem Gewand sie daherkommt.

Mit besonderer Gier schaut der sowjetische Sozialimperialismus auf das hochindustrialisierte Europa. Hier liegt für ihn der Schlüssel für die Welthegemonie. Hier wird aber auch der USA-Imperialismus den härtesten Widerstand zur Verteidigung seiner Einflusssphären leisten. Die europäischen Nationen aber werden diese Raubgelüste zunichte machen. Sie haben unter Hitlers Weltherrschaftsgelüsten schwere Opfer bringen müssen, sie wollen den Frieden und wollen Unabhängigkeit.

Der Traum des sowjetischen Sozialimperialismus von der Welthegemonie wird damit enden, daß ihn die internationale Einheitsfront der Völker, Staaten und Nationen gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus niederringt.

Ist der sowjetische Sozialimperialismus eines Tages geschlagen, mag es noch etliche stark erscheinende Feinde der Völker geben.

Die Zukunftsperspektiven sind glänzend, der Weg ist aber voll Windungen und Wendungen. (Über die Verhandlungen in Tschungking)



1945: Nach den Verhandlungen mit Tschiang Kai-schek in Tschungking kehrt Vorsitzender Mao Tsetung nach Yanan zurück.

tigte USA-Imperialismus, schwerer zu durchschauen in seinen Absichten. Er maskiert sich mit der revolutionären Tradition der Sowjetunion Lenins und Stalins im Kampf gegen den Imperialismus und für den Weltfrieden. Von Anfang an kritisierte die KP Chinas den revisionistischen Kurs der Chruschtschow-Clique und 1964 schlußfolgerte Genosse Mao Tsetung aus der Analyse der Entwicklung des modernen Revisionismus in der Sowjetunion:

Kampf der Völker hat Windungen und Rückschläge, aber ihr Sieg ist gewiß, der Untergang des Imperialismus ist nicht mehr rückgängig zu machen.

Mao Tsetung war der größte Marxist unserer Epoche. Noch zu seinen Lebzeiten bewahrheiteten sich seine wissenschaftlichen Voraussagen über den Niedergang des USA-Imperialismus. Auch der sowjetische Sozialimperialismus wird den
